



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 05.09.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 8. September 2025

Fokusthemen: Wahlbeschwerden, Initiativen und Entgegennahmen

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Behandlung einer unumstrittenen Revision der Organisationsverordnung des Verwaltungsgerichts über sechs Einzelinitiativen befinden. Danach steht eine Debatte über die Anfechtung von Wahlresultaten vor Verwaltungsgericht an. Hintergrund ist unter anderem ein Entscheid des Bundesgerichts zum Parteiwechsel von Kantonsrätin Isabel Garcia. Im Anschluss wird sich der Rat mit sechs Geschäften beschäftigen, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Sollte der Rat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er sich voraussichtlich auch noch mit ein paar parlamentarischen Initiativen auseinandersetzen.

Verwaltungsgericht: Teilrevision der Organisationsverordnung genehmigen

Kaum Opposition ist zur Teilrevision der Organisationsverordnung des Verwaltungsgerichts (OV VGr) zu erwarten. Die Justizkommission (JUKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die beantragten Änderungen zu genehmigen ([KR-Nr. 20/2025](#)). Das Verwaltungsgericht legte laut Kommission überzeugend dar, dass die Teilrevision insbesondere das Plenum als strategisches Führungsorgan und die Rechte der Mitglieder des Gerichts stärken will und damit auf die Konsultativkommission verzichten kann. Zudem werden die Abteilungspräsidien und die Mitglieder der Geschäftsleitung entlastet, indem die Stellung des Generalsekretariates gestärkt und auf die zwingende Verbindung von Abteilungspräsidium und Einsitz in der Gerichtsleitung verzichtet wird. Die Möglichkeit, das Abteilungspräsidium im Jobsharing zu teilen, hat die JUKO kritisch diskutiert. Sie anerkennt jedoch, dass es sich um eine flexible Lösung handelt, die offengehalten werden soll.

JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

EI zu Rottweilern, Jokertagen, 5G-Frequenzen, Spenden, erste Hilfe, Palästina

Normalerweise rasch behandelt werden Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative.

Eine Person aus Stallikon fordert, das Hundegesetz (HuG) und die Hundeverordnung (HuV) des Kantons Zürich so anzupassen, dass das generelle Halteverbot für die Rasse Rottweiler und deren Kreuzungen aufgehoben wird ([KR-Nr. 153/2025](#)). Eine Person aus der Stadt Zürich will, dass den Absolventinnen und Absolventen von Berufslehren die gleiche Anzahl Jokertage gewährt wird wie den Schülerinnen und Schülern an den Mittelschulen ([KR-Nr. 221/2025](#)). Eine andere Person aus Zürich verlangt ein Verbot von 5G-Mobilfunkfrequenzen bis zur definitiven Festlegung der Grenzwerte, die erwiesenermassen nicht schädlich sind ([KR-Nr. 252/2025](#)). Eine weitere Person aus Zürich will, dass der Kantonsrat für den Kanton und die Gemeinden verbindliche Richtlinien für die Ausrichtung von Spenden oder Fördergeldern an Personen oder Organisationen erlässt, die sicherstellen sollen, dass solche Zuwendungen nicht für Ziele missbraucht werden können, welche den Grundrechten zuwiderlaufen, wie sie gemäss der Bundesverfassung gelten ([KR-Nr. 253/2025](#)). Eine Person aus der Stadt Zürich fordert die Einführung von obligatorischen Erste-Hilfe-Kursen in allen öffentlichen Schulen des Kantons ([KR-Nr. 254/2025](#)). Und zwei Personen aus Wetzikon verlangen,

dass sich der Kanton Zürich – insbesondere auf nationaler Ebene – für die Anerkennung von Palästina als eigener Staat einsetzen soll ([KR-Nr. 255/2025](#)).

Wahlresultate sollen vor Verwaltungsgericht angefochten werden können

Die Resultate der Kantonsratswahlen und Entscheide des Verkehrsrates sollen künftig vor Verwaltungsgericht angefochten werden können. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, verschiedene Änderungen am Verwaltungsrechtspflegegesetz und am Kantonsratsreglement vorzunehmen ([KR-Nr. 219/2025](#)). Mit der von der GL ausgearbeiteten Vorlage sollen zwei Entscheide des Bundesgerichts (BG) im Zusammenhang mit dem Übertritt von Kantonsrätin Isabel Garcia von der GLP zur FDP im Jahr 2023 und mit verschiedenen Beschwerden der Städte Zürich und Winterthur betreffend Verbundfahrplan 2022–2023 umgesetzt werden. Das BG hat festgehalten, dass im zürcherischen Recht eine gerichtliche Beschwerdeinstanz fehlt, diese jedoch zwingend wäre.

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Regierungsrat will eine Motion und fünf Postulate entgegennehmen

Rasch behandeln wird der Kantonsrat sechs Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Motionen und Postulate entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden.

SVP-Kantonsrätin Anita Borer möchte den Regierungsrat einladen, in einem Bericht darzulegen, wie künftige Grossanlässe im Kanton unter Einbezug und Berücksichtigung der Anliegen des Zürcher Gewerbes sowie von kritischen Einrichtungen und Infrastrukturen, wie beispielsweise Spitälern, organisiert werden können ([KR-Nr. 53/2025](#)). Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, will den Regierungsrat bitten, aufzuzeigen, wie er ein Share Economy System im Kanton Zürich unterstützen kann, um seine Kreislaufziele zu erreichen ([KR-Nr. 83/2025](#)). SVP-Kantonsrat Marc Bochsler fordert mit einer Motion, dass der Zentrumslastenausgleich nicht mehr nur die besonderen Lasten der Städte Zürich und Winterthur berücksichtigen soll, sondern auch die Zentrumsnutzen, die diesen Städten durch ihre Funktion als kantonale Zentren entstehen ([KR-Nr. 101/2025](#)). SP-Kantonsrätin Patricia Bernet möchte die Regierung einladen, dem Kantonsrat aufzuzeigen, wie wissenschaftliche Erkenntnisse betreffend Schul- und Unterrichtsqualität und die besten Beispiele aus der Praxis in den Schulen effektiver umgesetzt werden können ([KR-Nr. 110/2025](#)). AL-Kantonsrätin Gianna Berger will den Regierungsrat beauftragen, zu prüfen und dem Kantonsrat zu berichten, wie die aktuell als Vollzeit konzipierten, gewählten Amtsnotariatsstellen im Kanton Zürich flexibilisiert werden könnten ([KR-Nr. 143/2025](#)). Und die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) möchte die Regierung auffordern, zu prüfen und zu berichten, wie im Kanton Zürich ein Pilotprojekt zur Einführung von e-Collecting – der elektronischen Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden im Internet oder auf mobilen Endgeräten – umgesetzt werden kann ([KR-Nr. 160/2025](#)).

Anita Borer (SVP, Uster), 079 665 44 27

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Marc Bochsler (SVP, Wettswil a.A.), 079 742 96 41

Patricia Bernet (SP, Uster), 079 714 71 55

Gianna Berger (AL, Zürich), gianna.berger@bluewin.ch

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Parlamentarische Initiativen zu Coporate Governance bei GVZ und EKZ

Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er auch einige parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst ebenfalls darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie aber nicht dem Regierungsrat, sondern

direkt einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative.

Gleich zwei PI stammen von der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU). Diese fordert einerseits bei der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) ([KR-Nr. 215/2025](#)) und andererseits bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) ([KR-Nr. 216/2025](#)) Anpassungen in der Corporate Governance. So sollen künftig unter anderem die Regierungsratsvertretung explizit von der Rolle des Verwaltungsratspräsidiums ausgeschlossen und die Revisionsstelle und das Entschädigungsreglement durch den Kantonsrat festgesetzt werden.

AWU-Präsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12